

## Beschluss Klare Ansage für den Bodenschutz

Gremium: KV Landau  
Beschlussdatum: 03.02.2022  
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

### Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Wohnen, Gewerbe und Straßenneubau. Der Hunger nach Flächen ist enorm. Leitlinie  
3 grüner Politik muss es sein, nicht nur für die Prosperität von Regionen zu  
4 sorgen, sondern auch die Flächeninanspruchnahme und deren Effizienz im Auge zu  
5 behalten und damit für den Erhalt unserer aller Lebensgrundlagen zu sorgen. Denn  
6 unsere Böden sind eine begrenzte, wertvolle Ressource und müssen geschützt  
7 werden. Für Natur- und Klimaschutz sowie den Erhalt unserer heimischen  
8 Landwirtschaft brauchen wir eine Strategie, welche - unter Berücksichtigung  
9 einer nachhaltigen Kommunalentwicklung – den Flächenverbrauch minimiert.
- 10 Wurden in Rheinland-Pfalz 2020 durchschnittlich 4,76 Hektar(1,2) pro Tag für  
11 Siedlungsentwicklung und Verkehr neubeanspruch, betrug 2014 der  
12 Flächenverbrauch pro Tag durchschnittlich 0,6 Hektar(3). Dies zeigt, dass wir  
13 das bereits 2011 verankerte, rheinlandpfälzische Nachhaltigkeits-Ziel zur  
14 Reduktion der Flächeninanspruchnahme auf unter einen Hektar(5,6) schon erreicht  
15 hatten, aber die dauerhafte Stabilisierung auf dem niedrigen Niveau nicht  
16 gelang. Auch der sogenannte gleitende Durchschnitt des täglichen  
17 Flächenverbrauchs, welcher stets einen 4-Jahreszeitraum betrachtet, zeigt einen  
18 deutlichen Trend nach oben und stieg zuletzt an auf 2,0 Hektar(3,4) . Das ist  
19 eine deutliche, mittelfristige Überschreitung auch des Bundesziels von  
20 umgerechnet maximal 1,4 ha/Tag(7) in RLP. Dieser Entwicklung müssen wir dringend  
21 effektiv entgegensteuern!
- 22 Auf Landesebene wird bereits jetzt steuernd eingegriffen:
- 23 • Raum+ Monitor: Mit einem digitalen Potenzialflächenkataster wird die  
24 Innenentwicklung erleichtert und kommunale Folgekosten greifbar gemacht.
  - 25 • Schwellenwerte für Wohnbebauung, abhängig von der prognostizierten  
26 Bevölkerungsprognose sind bereits Pflichtaufgabe.
  - 27 • Förderprogramm Dorfentwicklung zur Unterstützung der Innenentwicklung im  
28 ländlichen Raum.
- 29 Wir sehen aber, die vorhandenen Werkzeuge und Rechtgrundlagen konnten unsere  
30 Ziele nicht sichern. Wir brauchen daher eine klare und überprüfbare Bodenschutz-  
31 Strategie und müssen die Landes- und regionalen Raumplanungen endlich daran  
32 ausrichten!
- 33 Auch brauchen wir einen Ausgleich für verfehlte Ziele: 2050 mit einer  
34 unverträglich immensen Fläche in die Netto-Null-Bilanzierung einzusteigen, wäre  
35 Augenwischerei. Jeder Hektar, der bis dahin „zu Unrecht“ beansprucht wurde, muss  
36 auch wieder freigegeben werden.

37 Wir sagen:

- 38 • Bis 2030 soll der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen in  
39 RheinlandPfalz dauerhaft durchschnittlich unter 1 ha/Tag betragen. Das bedeutet,  
40 in seiner Summe darf er 3000 Hektar bis 2030 nicht überschreiten.
- 41 • Danach soll sukzessiv auf Netto-Null gesenkt werden, so dass spätestens 2050  
42 der Übergang zur Flächenkreislaufwirtschaft erreicht ist, wie es bereits die  
43 Ressourcenstrategie der EU und der Bundes-Klimaschutzplan fordern. Das bedeutet,  
44 die Neuinanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen von 2030 bis 2050 darf  
45 in der Summe 5000 Hektar nicht überschreiten.
- 46 • Um überhaupt an diesem Ziel anzukommen, muss es im nächsten  
47 Landesentwicklungsplan enthalten sein und bindende Wirkungen auf die  
48 nachgeordnete Raumplanung haben.
- 49 • Überschreitungen der Flächenneuanspruchnahme seit In-Kraft-Treten des  
50 rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitsziels von unter 1 ha/ Tag sind  
51 perspektivisch auszugleichen, z.B. durch Entsiegelung oder klimaverträgliche  
52 Umnutzung.
- 53 • Der im Landesentwicklungsplan enthaltene Grundsatz: „Innen- vor  
54 Außenentwicklung“ muss bei der gesamten Planung stärker berücksichtigt und dazu  
55 entsprechende Indikatoren, wie z.B. Leerstandsquoten und Versiegelungsflächen  
56 pro Verbandsgemeinde und Kommune in einer digitalen Plattform transparent  
57 erhoben werden.
- 58 • Die Summe der Regionalpläne muss dabei das Landesziel ergeben. Die Kontrolle  
59 dessen werden wir intensivieren. Zielabweichungsverfahren dürfen nur in  
60 Ausnahmefällen zugelassen und müssen mit tatsächlichen Zahlen belegbar oder  
61 durch verifizierbare, plausible Prognosen begründet sein.
- 62 • Begründete Einwände der Fachbehörden in der Bauleitplanung zur  
63 Risikominimierung und Gefahrenvorbeugung, z.B. von Starkregen, Erosionsschäden,  
64 Hitzeinseln oder Waldbränden sind übergeordnet zu behandeln und zu beachten.
- 65 • Auch zukünftig werden wir Flächen in Anspruch nehmen müssen: z.B. um im Rahmen  
66 der Verkehrswende neue Bahntrassen zu bauen. Für die Energiewende brauchen wir 2%  
67 der Landesfläche für den Ausbau der Windkraft. Jegliche Nutzung soll dabei  
68 flächensparsam und gut begründet erfolgen.
- 69 • Zielführend ist die Erstellung eines Landesbodenschutzkonzepts, um  
70 vergleichbar mit Landesklimaschutzgesetz, notwendige Maßnahmen zu auswählen,  
71 zu quantifizieren und zu priorisieren. Zusätzlich kann die verbleibende, noch  
72 notwendige Flächeninanspruchnahme, auf ökologisch und landwirtschaftlich weniger  
73 wertvolle Flächen gelenkt werden.
- 74 Das Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, erreichen wir nicht allein.  
75 Deshalb fordern wir alle politischen Ebenen auf, an dem Ziel mitzuwirken und sich  
76 dafür einzusetzen, unsere Böden als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen,  
77 Tiere, Pflanzen und Organismen zu schützen.
- 78 Entscheidungen über Bau- und Gewerbegebiete werden in den Kommunen getroffen.  
79 Besonders die derzeitigen Bemühungen, sich „Beinfreiheit“ bei der Ausweisung von  
80 Flächen zu schaffen und Schwellenwerte zu ignorieren, machen uns Sorgen.

81 Kommunen sind zu fördern und zu fordern, die Ziele in Summe als Gemeinschaft zu  
82 erreichen.

83 Wir unterstützen die Kommunen darin, sich im Sinne des Bodenschutzes zu  
84 engagieren:

85 • Mit einem digitalen Potenzialflächenkataster wird die Innenentwicklung bereits  
86 jetzt erleichtert und kommunale Folgekosten werden greifbar gemacht. Ergänzend  
87 wollen wir die Kommunen bestärken, eine transparente Klimafolgenabschätzung  
88 durch Flächenversiegelung auf den kommunalen Entscheidungsvorlagen verfügbar zu  
89 machen.

90 • Ebenso müssen Kommunen nachweisen, dass eine angestrebte Entwicklung im  
91 Innenbereichen nicht möglich ist, bevor in den Außenbereich ausgewichen werden  
92 darf. Kontrollmechanismen in diesem Bereich, z.B. über Jahresberichte zu  
93 Indikatoren wie regionalen Leerstandsquoten, werden wir im Sinne des  
94 Flächenschutzes verbessern.

95 • Böden können Kohlenstoff und Niederschläge speichern und sind damit wichtig  
96 für den Klimaschutz und zur Vorbeugung großer Klimakatastrophen. Für  
97 verantwortungsvolle Bodenpolitik brauchen wir auch kommunale  
98 Bodenschutzkonzepte. Für diese soll bei den Kommunen geworben und nach einer  
99 Fördermöglichkeit von Landesseite gesucht werden.

100 Ein wichtiges Entscheidungsgremium hinsichtlich des Flächenverbrauchsziels sind  
101 die regionalen Planungsgemeinschaften.

102 • Wir unterstützen die Grünen in den regionalen Planungsgemeinschaften bei ihren  
103 Bemühungen, den Flächenbrauch zu begrenzen und den Bodenschutz bei der  
104 Fortschreibung der Regionalpläne zu forcieren.

105 • Relevante Klimafunktionsflächen sollen dabei als Vorranggebiete definiert und  
106 ausgewiesen werden. Dabei können Synergieeffekte, wie z.B. Wildtierkorridore,  
107 regionale Biotopnetze, Grünzüge und Überschwemmungsbiote genutzt werden.

108 • Vorranggebiete für den Hochwasserschutz müssen unbebaut bleiben. Der teilweise  
109 sorglose Umgang mit diesem Risiko wird ausdrücklich kritisiert.

110 Auf Bundesebene wird sich Rheinland-Pfalz weiterhin für die Eindämmung des  
111 Flächenverbrauchs einsetzen und gemeinsam an wirksamen Strategien arbeiten, um  
112 das Netto-Null Ziel zu erreichen.

113 • Das Baulandmobilisierungsgesetz der alten Bundesregierung hat den Kommunen  
114 mit §13b BauGB ein Werkzeug an die Hand gegeben, welches absolut konträr gegen  
115 die Ziele der Innenentwicklung und des Flächensparens arbeitet. Hier fordern wir  
116 die Bundesregierung auf, diesen Paragraphen schnellstmöglich auszusetzen und  
117 abzuschaffen.

## Begründung

(1) Statistisches Landesamt RLP, Zeitreihen Land, Nutzung der Bodenfläche 2016-2020 <https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaftstaat/bevoelkerung-und-gebiet/zeitreihen-land/tabelle-1/>

(2) Statistisches Landesamt RLP, Statistische Berichte, Nutzung der Bodenfläche zum 31. Dezember 2020, S.54, ISSN: 1430-5054 [https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/A/5013/A5013\\_202000\\_1j-K.pdf](https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/A/5013/A5013_202000_1j-K.pdf)

(3) Länderinitiative Kernindikatoren, D1 Flächenverbrauch, Datentabelle: Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar pro Tag (Jahreswerte), <https://www.lanuv.nrw.de/lik/index.php?indikator=8&aufzu=4&mode=indi>

(4) Gemeinsames Statistikportal der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Fläche für Siedlung und Verkehr, Nachhaltigkeitsindikator: Durchschnittliche tägliche Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 2020 nach Bundesländern, <https://www.statistikportal.de/de/ugrdl/ergebnisse/flaeche-und-raum/ffsv#6689>

(5) Nachhaltigkeitsstrategie RLP, Indikatorenbericht 2021, [https://mwvlw.rlp.de/fileadmin/mwkel/Abteilung\\_2/8206/02\\_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz/2021\\_Indikatorenbericht.pdf](https://mwvlw.rlp.de/fileadmin/mwkel/Abteilung_2/8206/02_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz/2021_Indikatorenbericht.pdf)

(6) Nachhaltigkeitsstrategie RLP, Fortschreibung 2011, [http://mwvlw.rlp.de/fileadmin/mwkel/Abteilung\\_2/8206/02\\_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz/2011\\_Kurzfassung\\_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz.pdf](http://mwvlw.rlp.de/fileadmin/mwkel/Abteilung_2/8206/02_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz/2011_Kurzfassung_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz.pdf)

(7) Klimaschutzplan 2050, S.68, [https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan-2050\\_bf.pdf](https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan-2050_bf.pdf) \*

Abwurf aller Links am 03.02.2022 18:20 Uhr

## Unterstützer\*innen

Jenni Follmann (KV Landau), Laura Malburg (KV Trier-Saarburg), Dr. Lea Heidebreder (KV Landau), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Dr. Kristin Kosche, KV Rhein-Lahn, Claudia Becker (KV Trier-Saarburg), Sven Kaemper (KV Landau), Birgit Kynast (KV Mainz), Philipp Veit (KV Mainz), Stefan Boxler (KV Bad Kreuznach), Jürgen Gauer (KV Rhein-Lahn), Paul Bunjes (KV Kaiserslautern), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Tim Markovic (KV Bad Kreuznach), Jörg-Martin Beck (KV Trier), Heike Gleißner (KV Trier-Saarburg), Annegret Neugeschwender (KV Trier-Saarburg), Malte Pullich (KV Cochem-Zell), Lilia Seydlitz (KV Trier-Saarburg), Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück), Ludger Nuphaus (KV Bad Kreuznach), Safak Karacam (KV Trier-Saarburg), Claudia Laux (KV Ahrweiler), Holger Wolf (KV Neuwied), Markus Schneider (KV Trier-Saarburg), Daniel Ollinger (KV Trier-Saarburg), Martina Schleier (KV Trier-Saarburg), Philipp Jakobs (KV Trier-Saarburg), Jürgen Paul Lorenzen (KV Trier-Saarburg), Manuel Praetorius (KV Birkenfeld), Rolf Radicke (KV Koblenz), Werner Rosemann (KV Trier-Saarburg), Sebastian Karthäuser (KV Trier-Saarburg), Elisabeth Grüning (KV Trier-Saarburg), Natalie Cramme-Hill (KV Trier), Jörg Wirtz (KV Mainz-Bingen), Peter Schiwiek (KV Trier-Saarburg), Ingrid Bäuml (KV Cochem-Zell), Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm), Petra Wiwie (KV Trier-Saarburg), Markus Schneider (KV Trier-Saarburg), Christoph Hartmann (KV Trier-Saarburg), Patrick Weirich (KV Cochem-Zell), Jessica Trogler (KV Trier-Saarburg), Karl-Georg Schroll (KV Trier-Saarburg), Gordon Gniewosz (KV Koblenz), Uller Koenig (KV Vulkaneifel);